

## INTERGLOBAL

CHINA

# Springen oder streiken

Felix Wemheuer

**Nach den Selbstmorden von Arbeitern bei Foxconn berichten chinesische Medien immer mehr über die Arbeitskämpfe bei ausländischen Firmen in China. Die Unternehmen sollen unter Druck gesetzt werden, damit sie die Löhne für chinesische Arbeiter erhöhen.**

Die Selbstmordwelle bei der Elektronikfirma Foxconn in der südchinesischen Sonderwirtschaftszone Shenzhen hat mittlerweile eine internationale Mediendebatte über die Arbeitsbedingungen in Chinas Weltmarktfabriken ausgelöst. In den chinesischen Honda-Werken befinden sich Arbeiter schon seit über zwei Wochen im Streik, wodurch zeitweise fast die gesamte Produktion der Firma in China lahmgelegt wurde. Anders als in der Vergangenheit berichten die vom Staat kontrollierten Medien täglich darüber.

Auf dem Werkgelände von Foxconn unternahmen seit Beginn des Jahres 13 junge Wanderarbeiter Selbstmordversuche, von denen zehn tödlich ausgingen. Die Opfer sind zwischen 18 und 25 Jahre alt. Ein weiterer Arbeiter soll sich nach Angaben sei-

ner Familie zu Tode geschuftet haben. Die Firma Foxconn, die auch für Apple, Hewlett-Packard und Dell produziert, beschäftigt im Industriekomplex Longhua in Shenzhen rund 400.000 Arbeiter; dieser gilt als größte Fabrikanlage der Welt. Die chinesischen Medien sprechen von einer „verbotenen Stadt“, in der die Firma das Leben der Bewohner streng reglementiert.

Foxconn und Apple zeigen sich derzeit bemüht, die Selbstmorde ernst zu nehmen, weisen aber gleichzeitig die Verantwortung von sich. Dem britischen Rundfunksender BBC zufolge sagte Apple-Chef Steve Jobs, dass Foxconn kein Sweatshop sei, und verwies darauf, dass in Longhua Restaurants, Kinos, Krankenhäuser und Schwimmbäder vorhanden seien. In der Elektronikindustrie müssen allein schon wegen der Empfindlichkeit der Waren Fabrikhallen staubfrei sein und werden oft klimatisiert. Arbeiter entgegnen jedoch, dass sie kaum Zeit hätten, die neuen Freizeitanlagen zu benutzen, weil Überstunden die Hälfte ihres Gehalts ausmachen. Im Durchschnitt sollen sie 80 bis 120 Überstunden im Monat einlegen, um ihr Basisgehalt von 900 Yuan (110

Euro) aufzubessern. Schichten von zehn bis zwölf Stunden sind dabei die Regel.

**Streiks sind in China verboten - im Umgang mit Arbeiterprotesten scheint sich allerdings etwas zu ändern.**

Das Werkgelände von Foxconn ist praktisch eine tayloristische Parallelgesellschaft, in der die Arbeitsabläufe fein säuberlich zerlegt werden, um aus gering qualifizierten jungen Männern und Frauen möglichst schnell funktionierende Rädchen im Produktionsprozess zu machen. Pun Ngai, Soziologin an der Beijing Universität, spricht daher von einem „Wohnheim-Regime“, in dem nicht nur die Arbeit, sondern auch die gesamte Freizeit durch das Unternehmen strikt kontrolliert wird. Für Extra-Schichten können die Arbeiter aus den Betten geholt werden. Das gemeinsame Leben in den Wohnheimen kann Solidarität unter den Arbeitern fördern, gleichzei-

tig aber auch Entfremdung und Rivalität verstärken.

Der Chef und Gründer von Foxconn, Terry Guo, wird vom US-Wirtschaftsmagazin „Forbes“ als der reichste Mann Taiwans und auf Platz 136 der Reichsten der Welt beschrieben. Sein Vermögen wird auf 5,9 Milliarden US-Dollar geschätzt. Nur einige Stunden nachdem Guo 200 Journalisten über das Werkgelände geführt hatte, kam es Ende Mai zu einem weiteren Selbstmord. Nach Protesten entschuldigte sich Foxconn für eine Erklärung, die den Arbeitern zur Unterschrift vorgelegt worden war. Dadurch sollten die Möglichkeiten der Mitarbeiter eingeschränkt werden, bei Selbstverletzungen auf Schadenersatz zu klagen und damit das Image der Firma zu schädigen. Außerdem wurden Arbeitern Prämien versprochen, wenn sie „auffällige Kollegen“ melden. Kürzlich hat Foxconn den Basislohn der Mitarbeiter um 33 Prozent erhöht; am Montag teilte die Firmenleitung in Taipeh zudem mit, dass ab Oktober der Lohn um fast 70 Prozent auf dann umgerechnet 244 Euro erhöht werde. Mit der Lohnerhöhung werde die Zahl der Überstunden sin-



Zeitigt erste Erfolge: Protest gegen die Arbeitsbedingungen bei der Elektronikfirma Foxconn, hier am 25. Mai in Hongkong.

FOTO: FLICKR

ken, die für viele Beschäftigte bislang notwendig gewesen seien, erklärte Foxconn. Ab Oktober seien Überstunden für viele „eine freiwillige Entscheidung“. Auch mit der Erhöhung der Anzahl der Psychologen und der Anstellung buddhistischer Mönche versucht das Unternehmen, die Stimmung im Werk zu verbessern. Einen Zusammenhang dieser Maßnahmen mit den Suiziden bestreitet die Firma weiterhin.

Die chinesischen Medien debattieren derzeit leidenschaftlich über die Ursachen für die Selbstmorde. In Sondersendungen versuchen Parteikader, Psychologen und Politikwissenschaftler zu analysieren, warum die neue Generation der Wanderarbeiter psychisch anfällig sei. In diesen Debatten scheint Übereinstimmung darüber zu herrschen, dass ein Wandel stattgefunden hat. Im Gegensatz zur Elterngeneration wollten diese jungen Menschen nicht mehr auf das Dorf zurück und träumten von einem aufregenden Leben in der Stadt. Statt einer urbanen Gesellschaft würden sie aber auf den Werkgeländen „Städte“ ohne öffentliches Leben vorfinden, in denen sie als Individuen untergingen. Immer

wieder wird auch auf die schnelle Veränderung und Industrialisierung der Gesellschaft verwiesen, die viele Menschen überfordere.

Ein Kommentator in der Zeitung „Nanfang zhoumo“ verweist hingegen auf die fehlenden Rechte der Arbeiter. Andere Medien relativieren die Vorwürfe gegen Foxconn mit dem Argument, die Selbstmordrate liege bei der Firma unter dem landesweiten Durchschnitt. Ein Journalist der „South China Morning Post“ rechnete aus, dass Foxconn eine Selbstmordrate von sechs pro 100.000 Arbeiter habe, der World Health Organisation zufolge aber 13,9 Chinesen pro 100.000 Einwohner im Jahr sich umbringen würden. Bei France Telecom hätten sich in den vergangenen zwei Jahren 34 Mitarbeiter bei der Arbeit umgebracht.

Die internationale Debatte um die Selbstmorde bei Foxconn wurde auch durch die regelmäßige Berichterstattung in den chinesischen Staatsmedien ausgelöst. Auch über die Streiks bei Honda in Foshan, in denen über 1.800 Arbeiter für eine monatliche Lohnerhöhung von 800 Yuan (97 Euro) kämpften, wurde bisher in den Medien wohlwollend berichtet, die

japanische Firma wurde sogar in einem Editorial der Nachrichtenagentur „Neues China“ für die Arbeitsbedingungen in den chinesischen Werken kritisiert. An den Streiks bei Honda beteiligten sich auch Praktikanten, die nicht unter den Schutz des Arbeitsrechts fallen. Trotz einer angekündigten Lohnerhöhung von 24 Prozent ist der Konflikt noch nicht gelöst.

Streiks sind in China immer noch verboten. Im Umgang mit Arbeiterprotesten scheint sich allerdings etwas geändert zu haben. Die chinesische Regierung, die in der Vergangenheit Arbeitskämpfe in der Regel von der Presse totschweigen und nicht wenige „Rädelsführer“ zu Gefängnisstrafen verurteilen ließ, scheint nun die Selbstmorde und die Streiks bei ausländischen Firmen zu nutzen, um die Unternehmen unter Druck zu setzen, damit sie die Löhne erhöhen. Seit der Wirtschaftskrise soll die Exportabhängigkeit reduziert und der Binnenmarkt ausgebaut werden. Außerdem kann sich die Zentralregierung populistisch in Szene setzen und damit sozialen Unmut kanalisieren. Die „Financial Times Deutschland“ kündigte vor diesem Hintergrund schon das

„Ende des Billiglohnlandes China“ an: Ausländische Unternehmen sollten sich auf höhere Kosten einstellen oder nach Vietnam, Bangladesh oder Pakistan gehen. Die „verbotene Stadt“ mit 400.000 Arbeitern einfach in ein anderes Land zu verlegen, ist für Foxconn jedoch nach milliardenschweren Investitionen keine realistische Zukunftsaussicht.

Felix Wemheuer ist Sinologe und arbeitet an der Universität Wien.

Nächste Woche:

### Auf großem Fuß

Der Ressourcenverbrauch einer Bevölkerungsgruppe lässt sich in einen Flächenverbrauch umrechnen. Für Luxemburg kommt man auf ein Vielfaches von 2.500 Quadratkilometern.